Stadt Dortmund

02052-26/3

29.10.2026

Stellungnahme der Verwaltung.

Fachbereich/e:	Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates
Dezernent*in / Geschäftsführer*in:	Oberbürgermeister Alexander Kalouti
Verantwortlich:	Holtze, Martina

Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	05.11.2026	Beschluss	öffentlich

Tagesordnungspunkt.

"Demokratie stärken. Menschenfeindlichkeit entgegentreten – Aktionsplan der Stadt Dortmund zur Prävention von Extremismus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Volt, SPD und LINKE & Tierschutzpartei im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften der Stadt nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine kommunale Förderung bzw. Kofinanzierung des Projekts MIDeinander des Trägers BackUp - ComeBack e. V. wohlwollend zu prüfen. Ziel soll es sein, die Fortführung des Projekts nach dem Wegfall bzw. der Veränderung der bisherigen Bundesförderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zu ermöglichen. Hierfür sollen im Rahmen der verfügbaren Haushalts- und Fördermittel geeignete Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden.

   Der Verein BackUp – ComeBack e.V. und seine Einzelprojekte (MIDeinander) wurden bis 2026 aus dem zur Umsetzung des Aktionsplans bereitgestellten Budget in Höhe von 389.571,00 € mit Mitteln in Höhe von insgesamt 240.000,00 € jährlich gefördert.
   Davon fielen 125.000,00 € auf die Grundförderung des Vereins auf Basis eines bis 2028 gültigen Kooperationsvertrages.
   115.000,00 € wurden zur Finanzierung des Projektes MIDeinander bereitgestellt. Ob es ein Folgeprojekt geben wird und welche finanziellen Auswirkungen dieses hätte, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.
   Eine weitere zusätzliche Förderung aus dem Budget des Aktionsfonds der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ab 2027 kann über die bestehenden Ressourcen hinaus nicht erfolgen, ohne die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Koordinierungsstelle weitestgehend einzuschränken. Perspektivisch ist zudem zu berücksichtigen, dass Einsparvorgaben zur Vermeidung des Haushaltssicherungskonzeptes, auch das Budget der Koordinierungsstelle zusätzlich belasten können.

Bereits bei Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung im Hinblick auf „Demokratie leben!“ hat die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie nach Finanzierungsmöglichkeiten für MIDeinander gesucht. Solche konnten jedoch nicht gefunden werden.

2. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, eine Förderung des von ADIRA – Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus angebotenen schulischen Präventionsprojekts „Kein Bammel! Engagiert gegen Antisemitismus!“ wohlwollend zu prüfen und hierfür ebenfalls geeignete kommunale Förder- bzw. Finanzierungsmöglichkeiten zu ermitteln.

   Der zusätzliche Finanzbedarf für beide Projekte liegt bei 400.000,00 € pro Jahr und ist damit bereits höher als das Budget der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.
   Eine Finanzierung aus diesem Budget ist damit, auch anteilig nicht möglich.
   Aus Mitteln des Fachbereiches 1 konnten keine weiteren Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten ermittelt werden.

3. Im Falle einer Förderung sollen beide Projekte als konkrete Instrumente zur Umsetzung des Aktionsplans zur Prävention von Extremismus in den Handlungsfeldern Schule, Bildung sowie Kinder und Jugend eingesetzt und entsprechend in die Umsetzungsstruktur des Aktionsplans eingebunden werden.

   Beide Projekte werden inhaltlich voll mitgetragen.
   Auch ohne städtische Förderung kann die Berücksichtigung der o.g. Projekte. in die Umsetzungsstruktur des Aktionsplans eingebunden werden. Sowohl die Arbeit von ADIRA als auch die des Projektes MIDeinander waren bereits Bestandteil des alten Aktionsplans. Soweit der Rat ihn beschließt, gilt dies auch für den neuen Aktionsplan.

4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften über das Ergebnis der Prüfung sowie über mögliche Förderhöhe, Förderzeitraum und Finanzierung in der Sitzung am 05.11.2026 zu berichten.

   Die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie verfügt aktuell nicht über den finanziellen Handlungsspielraum, um die o.g. Projekte als konkrete Instrumente zur Umsetzung des Aktionsplans zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Kalouti
Oberbürgermeister